

Die neue (sozial-)demokratische Frage

von Benjamin Mikfeld

Am 27. September 2009 haben gerade einmal 16 Prozent aller Wahlberechtigten die SPD gewählt, vor elf Jahren tat dies noch jeder Dritte. Ein großer Teil der von 20 auf zehn Millionen halbierten Wählerinnen und Wähler ist nicht zu anderen Parteien gewandert, sondern in die demokratische Passivität. Die SPD hinterlässt nach elf Jahren Regierungszeit eine Repräsentationslücke, die, würde sie weiter zunehmen, wohl jedes Gedankenspiel von einer neuen Mehrheit links der Mitte schnell beendet. Die Ursachensuche für diesen rasanten Niedergang ist in vollem Gange.¹

Doch die beiden derzeit gängigsten Interpretationen greifen zu kurz. Grob betrachtet sieht die eine Interpretation die Ursache in einer Politik, die das Gerechtigkeitsempfinden vor allem in der Arbeitnehmerschaft verletzt und die Zunahme der soziale Spaltung zu wenig beachtet hat. Daran ist vieles richtig, doch sie lässt andere Aspekte der gewachsenen Unruhe in der Mittelschicht unbeachtet. Die andere Interpretation beklagt die mangelnde Ent- und Geschlossenheit der Partei für den Reformkurs der Agenda 2010. Sie sieht die SPD als „Partei der linken Mitte“, doch schon die Formulierung ist Ausdruck einer lauwarmer Unentschiedenheit, die die SPD in einer Marktlücke zwischen modernem Konservatismus und Linkspartei positioniert sehen will.

Quer dazu liegt die Frage, ob die SPD sich zu Tode gesiegt habe. Denn würde man die Vorschläge des SPD-Regierungsprogramms 2009 einzeln zur Abstimmung stellen, bekäme man für fast alle satte Mehrheiten. Nur konnten viele dieser Vorschläge auch bei anderen Parteien gewählt werden. Gibt es neben den scheinbaren Alternativen einer Transferleis-

tungserhöhungs-Sozialdemokratie, einer urbanen Ökolifestyle-Sozialdemokratie und einer Softkonservativ-Sozialdemokratie überhaupt noch Platz für eine Sozialdemokratie Classic?

Die Antwort lautet: Ja, denn nur die SPD kann als erneuerte, ausdrücklich linke Volkspartei die nötigen Integrationsleistungen zwischen den an linke Politik anschlussfähigen Interessen und Milieus erbringen. Doch eine entscheidende Voraussetzung ist, dass die SPD wieder eine Idee von sich selbst und ihrer Mission hat. In der Großen Koalition hat sich der Verlust von Selbst-Bewusstsein noch verschärft. Nehmen wir nur die Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Antwort der SPD auf den Skandal einer durch Reichtumskonzentration und Finanzspekulation hervorgerufenen Weltwirtschaftskrise lautete: Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, Kurzarbeit, Abwrackprämie. Sie lieferte durchaus wirksame Krisenmildungsinstrumente, aber eben keine normative Debatte über Gerechtigkeit und Demokratie in der Krise. Während die SPD ohnehin die ökonomische Meinungsführerschaft immer nur in Ausnahmefällen (z.B. bei erfolgreichen Landesregierungen) innehatte, konnte sie früher immerhin ihre soziale und kulturelle Meinungsführerschaft ausspielen. Doch auch über diese verfügt die Sozialdemokratie derzeit nicht.

Neue Ideen und Synthesen statt „Balancen“

Bei der Suche nach einer programmatischen und strategischen sozialdemokratischen Kursbestimmung taucht häufig der Begriff der „Balance“ auf. Nun ist unstrittig, dass es politische Zielkonflikte geben kann, die einen Mittelweg erforderlich machen. Oft besteht die politische Aufgabe aber im produktiven Auflösen von – oft scheinbaren oder in den herrschenden Diskursen angelegten – Widersprü-

¹ Der Autor teilt hierzu große Teile der Einschätzungen in den Aufsätzen von Butzlaff/Nachtwey und Gardemin/Geiling in dieser spw.

chen. Wenn beispielsweise von einer nötigen Balance zwischen wirtschaftlicher Prosperität, ökologischer Vernunft und sozialer Gerechtigkeit gesprochen wird, ist man dem liberal-konservativen Diskurs schon auf den Leim gegangen, denn man spaltet die Politik in scheinbar entgegen gesetzte Logiken auf. Und man wird immer eine Partei finden, die eine der drei Logiken konsequenter vertritt als die SPD.

Diese Nicht-Fisch-Nicht-Fleisch-SPD trägt eine maßgebliche Mitverantwortung für die „bemerkenswerte Unterideologisierung und Sprachlosigkeit der deutschen Politik“², die der Staatsrechtler Christoph Möllers beklagt. Und sie hat insofern auch eine Mitverantwortung für eine Krise der Demokratie, deren Symptome im Rahmen der Diagnose einer „Post-Demokratie“ häufig beschrieben wurden: Sinkende Wahlbeteiligung, Mitgliederverlust der Parteien, rückläufiges Vertrauen in politische Institutionen, wachsender Lobbyisteneinfluss, Reduktion von politischer Kommunikation auf Marketing, Boulevardisierung und Personalisierung und so weiter. Wo der Eindruck entsteht, Politik habe nichts von Gewicht zu entscheiden, wenden sich gerade die politikfernen Gruppen ab - oder den Anbietern einfacher Antworten zu.

Die SPD kann sich nur durch eine produktive Auflösung vermeintlicher Widersprüche und in klarer Abgrenzung zu anderen Politikansätzen neu positionieren. Es gilt deutlich machen, dass ein Sozialstaat nicht nur kostet, sondern auch soziale Produktivkraft ist. Gerade die Entgegensetzung von Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit war ein törichtes Eigentor der „modernen Sozialdemokratie“. Woher sollen die Finanzen für bessere Bildung denn kommen? Es muss verdeutlicht werden, dass politische Vernunft und politische Leidenschaft Hand in Hand gehen können. Wenn es darum geht, zu sagen „was ist“, gilt es, die beiden großen Kritikströme am Kapitalismus, die Sozialkritik

(an Ungerechtigkeit und Ausbeutung) und die Künstlerkritik (an Bevormundung und Freiheits-einschränkung) zusammenzubringen. Und vor allem: Erforderlich ist eine diskursive und politische Verknüpfung der Anliegen von (auch abstiegsbedrohten) Arbeitnehmern und dem zur Solidarität bereiten liberalen Bürgertum.

Bürgerliches Manifest vs. Manifest der Bürgerrechte

Will man wissen, welchen Lockrufen das in Unruhe geratene „Bürgertum“ von rechts ausgesetzt ist, lohnt ein Blick in das vom Philosophen Peter Sloterdijk jüngst veröffentlichte „bürgerliche Manifest“³. Sloterdijk sieht Deutschland als einen „Umverteilungsstaat mit krypto-semi-sozialistischer Struktur“, regiert von einer „Lethargokratie“, die einem notorisch nörgelnd-unzufriedenen Volk nach dem Munde redet. Nach seiner Deutung befindet sich das Land im festen Griff einer latenten Sozialdemokratie im Sinne einer „Transfermaschine“, die nicht zwingend von der manifesten Sozialdemokratie (der SPD) bedient werden müsse. Der Konflikt unserer Zeit sei derjenige zwischen den „Steueraktiven“ bzw. „Transfermassengebern“ auf der einen und den „Transfermassennehmern“ auf der anderen Seite. Der aktuelle Zeitgeist beinhalte einen „psychopolitischen Vektor“ zur Mobilisierung eben jener steueraktiven Bürger. Es sei nun „objektive Aufgabe“ der Wahlgewinnerin FDP, „dafür zu sorgen, dass der Leistungsträgerkern der deutschen Population sich in Zukunft nicht nur stark mitgenommen fühlt, sondern sich endlich auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt weiß“.

Diese Gemeinwohlabkehr des oberen gesellschaftlichen Drittels vollzieht sich milieuspezifisch und hat insofern mindestens zwei Gesichter. Sie zeigt sich in der distinktiven Bioladen-Gentrifizierung der urbanen Linksliberalen sowie in der Entfesselung der Net-

2 Christoph Möllers: Vom Leiden an der Demokratie, in: polar 7 (2009), S. 16

3 Peter Sloterdijk: Aufbruch der Leistungsträger, in: CICERO 11/2009, S. 95-107

tomaximierungs-Leidenschaft der Leistungsindividualisten, deren Avantgarde die von Dahrendorf beschriebene „globale Klasse“ ist.

Die neue demokratische Frage ist daher die drohende Abkehr an beiden Enden der Gesellschaft: Die Depolitisierung der Enttäuschten und Prekären und die Gemeinwohlabkehr der Privilegierten. Dieser demokratischen Frage muss sich die Sozialdemokratie stellen. Doch wie?

Dem „bürgerlichen Manifest“ nach Westerwelle-Sloterdijk-Machart könnte die Sozialdemokratie die Arbeit an einem „Manifest der Bürgerrechte“ entgegensetzen. Als eine Partei der sozialen und demokratischen Bürgerrechte müsste sie jedoch ihre gelegentlich paternalistische, belehrende und autoritäre Politikweise hinter sich lassen. Sie müsste sich öffnen für die Ideen und Impulse eines linken Republikanismus oder auch der radikalen Demokratie. Sie müsste wieder den Geist von Gleichheit und Freiheit atmen.

Das Kernprojekt wäre also eine Demokratisierung der Demokratie. Es dürfte Demokratie nicht nur als eine Verfassungsform begreifen, sondern als eine politische Kultur und einen Prozess. Doch mitnichten geht es hier um die Vorstellung einer liberalen Vernunft- und Konsensdemokratie. Im Gegenteil: Demokratisierung ist eine Konflikt-Strategie, den Raum des Politischen zu erweitern und sich beispielsweise der Sichtweise entgegenzustellen, das Ökonomische stünde außerhalb des Politischen. Denn „jede tatsächliche Demokratie gründet im Konflikt, – sie ist stets konflikthafte Demokratie.“⁴ Gerade die von Etienne Balibar beschriebene „Dialektik von Bürgerschaft und Demokratie“ erfordert eine Doppelstrategie: Die Ausweitung demokratischer Räume und das „Empowerment“, die Befähigung der Bürger zur Emanzipation, dazu, die eigenen Chan-

cen und Rechte erkennen und wahrnehmen zu können.

Vorschlag für einen neuen integrativen Diskurs: Ein Programm der sozialen und demokratischen Bürgerrechte

Für ein solches „Manifest der Bürgerrechte“ im Sinne eines normativen Programms der demokratischen Linken sollen und können hier nur einige Hinweise gegeben werden. Denn der Weg der demokratischen Diskussion und Erarbeitung selbst wären ein großer Teil des Ziels, der Neubegründung linker Hegemoniefähigkeit. Ein Diskurs über soziale und demokratische Bürgerrechte muss technischen und abstrakten Reformmaßnahmen der Linken vorausgehen.⁵ Bevor links der Mitte über ein „Lager für sich“ (eine parlamentarische Koalition) nachgedacht wird, sollte die diskursive Formierung eines „Lagers an sich“ (eine gedankliche Koalition im Sinne ähnlicher Problemsichten und Antworten) Priorität haben. Diese Formierung muss vor allem als gegenhegemoniales Projekt zur neuen schwarz-gelben Regierung verstanden werden. Während sie mit dem Begriff der „Bürgerlichkeit“ einen Diskurs der Abgrenzung verfolgen, müsste der Bürgerrechte-Diskurs einer der Inklusion sein.

Die **Präambel** eines solchen Manifestes müsste zum einen die Gleichheit und die Freiheit der Bürger ins Zentrum rücken. So wichtig für die SPD der Wert der sozialen Gerechtigkeit ist, so ist er auch zu einer ziemlichen „Auslegeware“ verkommen, jeder versteht etwas anderes darunter. Es gilt, die eigentümliche Verklemmtheit gegenüber dem „Ideal der Gleichheit“ (was ja nicht Gleichmacherei bedeutet) zu überwinden, denn dieses verdeutlicht immer noch am klarsten den Unterschied zwischen Links und Rechts.⁶

4 Etienne Balibar (2009): Klassenkampf um die Demokratie?, in: polar 7, S.25

5 Benjamin Mikfeld / Christina Schildmann (2009): Strategische Diskursführung in der Zeitenwende, in: Dominik Haubner Erika Mezger, Hermann Schwengel (Hg.): Reformpolitik für das Modell Deutschland, Marburg
6 Norberto Bobbio (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin

Sie müsste zum anderen eine Idee eines Gemeinwesens formulieren, das nicht dem materiellen Trieb der Nettomaximierung nachgibt, sondern die Glücksmaximierung des Einzelnen zum Ziel hat. Dazu gehört die Vorstellung von einer „guten Gesellschaft“, die Wohlstand erarbeitet, aber deren „Sinn“ sich nicht in Standortnationalismus und dem Streben nach einer (in naher Zukunft aussichtslosen) Verteidigung des Exportweltmeistertitels erschöpft. Daraus wiederum sollten sich zentrale, zu vereinbarenden, soziale und demokratische Bürgerrechte ableiten, wobei der „Bürgerstatus“ auch auf Zugewanderte erweitert werden müsste. Dass all diesen Bürgerrechten auch Bürgerpflichten gegenüber stehen, versteht sich von selbst.

- ▶ **Soziale Bürgerrechte:** Eine demokratische Verabredung sozialer Bürgerrechte würde sich erstrecken von der Ausgestaltung einer sozialen Grundsicherung im Bedarfsfall und die Reichweite des Prinzips der Lebensstandardsicherung, über die Rechte als Arbeitnehmer (u.a. darüber, welche Lohnhöhe nicht unterschritten werden darf), das Bürgerrecht auf gebührenfreie Bildung bis hin zur einer Reform der sozialen Sicherung, die bestehenden ständischen Systeme hinter sich lässt und sich am Bürgerstatus orientiert.
- ▶ **Bürgerrecht auf Gemeinschaftsgüter:** Eng verbunden mit der Idee der sozialen Bürgerrechte ist das Recht auf den Zugang zu aber auch die Intaktheit von Gemeinschaftsgütern. Zum einen versagt die Marktwirtschaft, wenn es darum geht, die öffentliche Daseinsvorsorge zu organisieren. Hier geht es um öffentliche Güter wie Sicherheit, Bildung, Kultur, die in öffentlicher Verantwortung bereitzustellen sind. Zum anderen werden in einer Marktwirtschaft Gemeinschaftsgüter von privaten Wirtschaftsakteuren „verbraucht“, ohne der Gemeinschaft dafür einen Ausgleich zu zahlen. Im Bereich der Umwelt sind mit der Besteuerung des



Foto: www.fotolia.com, © iMAGINE

Energieverbrauchs sowie dem Emissionshandel bereits Instrumente geschaffen worden, um externe Kosten zu internalisieren. Die Nutzung von Gemeinschaftsgütern hat so einen Preis. Diese Logik sollte auch auf die Gefährdung der ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit übertragen werden. Ein Besteuerung von Spekulationsgeschäften ist somit eine Antwort auf „ökonomische Umweltverschmutzung“. Beide Ansätze könnten verknüpft werden, indem gesellschaftliche Fonds aufgelegt werden, die durch die Inanspruchnahme von Gemeinschaftsgütern gespeist und zur Finanzierung der Daseinsvorsorge verwendet werden.

- ▶ **Bürgerrecht auf Wissen:** Eine der spannenden polit-ökonomischen Fragen unserer Zeit lautet: Wem gehört das Wissen? Wissen ist ein Gut, das durch Gebrauch nicht vermindert wird, sondern den gesellschaftlichen Wohlstand erhöht. Dem steht jedoch die Tendenz zu einer Privatisierung bzw. Kommerzialisierung von Wissen und die Bildung von Wissensmonopolen entgegen.
- ▶ **Wirtschaftliche Bürgerrechte:** Die Auseinandersetzung darüber, ob die Demokratie am Werkstor oder am Bankschalter

endet, ist wohl der heiße Kern des Kampfs um das Politische. Wirtschaftliche Bürgerrechte gehen daher auch weit über die Schutzinteressen der Arbeitnehmer im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung hinaus. Nicht zuletzt die Finanzkrise hat gezeigt, dass in der Ökonomie Machtkonzentrationen und Fehlentwicklungen stattfinden, die einer demokratischen Korrektur bedürfen. Von zentraler Bedeutung ist hier eine stärkere Vergesellschaftung der Verfügung über die Kapitalmassen und deren investiven Einsatz – ohne die Konzepte wie die eines „Green New Deal“ auch nur schwer zu realisieren sein werden. Das Spektrum sollte hier reichen von kleinteiligen Ansätzen der Zivilökonomie über steuerliche Eingriffe (siehe oben) bis hin zu Ideen gesellschaftlich organisierter Investitionsfonds.

- ▶ **Kommunikative Bürgerrechte:** Nicht nur eine intakte Umwelt, sondern auch Meinungsvielfalt sollte als Gemeinschaftsgut begriffen werden. Wer es zu stark in Anspruch nimmt, sollte in dieser Macht beschränkt werden. Daraus folgt eine Politik, die Medienmacht entgegenwirkt und Meinungsvielfalt fördert.
- ▶ **Demokratische Bürgerrechte:** Last but not least gehört die Chance auf aktive Teilhabe an der Demokratie zum Katalog der Bürgerrechte. Hier geht es vor allem darum, Demokratie als Prozess zu begreifen. Die repräsentative Demokratie soll nicht ersetzt, sondern, im Gegenteil, sie muss durch neue Verfahren in ihrer Legitimität gestärkt werden. In einer komplexen Gesellschaft glaubt niemand mehr an politische Über-Autoritäten oder die Planungskompetenz allwissender ExpertInnen. Doch auch simple Ja-Nein-Plebiszite können in einer komplexen Gesellschaft nicht die Lösung sein. Warum nicht die in der Wirtschaft immer mehr üblichen Verfahren der Konsultation und

der Kollaboration⁷ auch in der Politik einführen? Warum nicht einen Deliberation Day einführen, wie es amerikanische WissenschaftlerInnen vorgeschlagen haben? Es geht daher um eine neue Verschränkung von repräsentativer und deliberativer Demokratie. „Der entscheidende Punkt der Beziehung zwischen beiden Formen der Demokratie liegt darin, dass die dauerhafte Partizipation die Qualität der Repräsentation gewährleistet, stimuliert und kontrolliert.“⁸

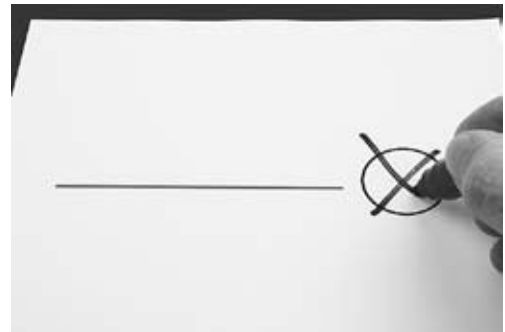


Foto: www.fotolia.com, © awfoto

Ein solches Manifest müsste selbstverständlich selbst Ergebnis eines solchen deliberativen Prozesses sein. Es könnte münden in der Idee, 25 Jahre nach der Deutschen Einheit, also im Jahr 2015, eine Volksabstimmung über ein in demokratischer Hinsicht verbessertes Grundgesetz anzustreben, auch um der im Fünf-Parteien-System zuschnappenden Politikverflechtungsfalle zu entkommen.

Aber vielleicht geht diese Idee jetzt dann doch zu weit für die gute alte Tante SPD. ■

↳ Benjamin Mikfeld ist Mitherausgeber der spw und lebt in Berlin.

7 Don Tapscott, Anthony D. Williams (2007): Wikinomics. Die Revolution im Netz, München

8 Paul Ginsborg (2008): Wie Demokratie leben, Berlin, S. 67